



Aufrecht.

Zeitung des AfD-Kreisverbandes Dresden | #1 2022

Halbzeit in Brüssel

S. 6-7



Moschee in Dresden

S. 5



Plötzlich Staatsfeind

S. 10



Folgen der Inflation

S. 3



Impfpflicht = Jobverlust

S. 11

Versorgungsnotstand droht!

Impfpflicht im Gesundheits- und Pflegebereich

Noch vor wenigen Monaten wurde die Einführung einer Impfpflicht von CDU-MP Kretschmer, FDP-Chef Lindner und anderen politischen Entscheidungsträgern vehement abgestritten oder als absurd und bösartig gebrandmarkt.

Nun kommt sie aber doch – und es soll zuerst die Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegebereich treffen.

Aktuelle Zahlen aus dem Monat Januar belegen, dass in Sachsen über 100.000 der etwa 300.000 Mitarbeiter im pflegerischen und medizinischen Bereich nicht geimpft sind und sich offenbar auch nicht impfen lassen wollen.

Eine Umfrage der sächsischen Landeszahnärztekammer – bei welcher 2570 Zahnarztpraxen kontaktiert worden sind und sich 487 zurückmeldeten – kam zu dem Ergebnis, dass 273 Praxen eine Schließung in Betracht ziehen. Von denjenigen Ärzten, die sich zurückmeldeten, gaben 25 Prozent an, ungeimpft zu sein. Bei den Mitarbeitern waren es sogar 40 Prozent.

In anderen Arztpraxen dürfte es ähnlich ausschauen.

Die beschlossene Impfpflicht im Gesundheits- und Pflegebereich, die ab 16. März 2022 umgesetzt werden soll und nur von der AfD abgelehnt worden ist, wird sich drastisch auf unser aller Versorgung auswirken. Von dem sich dadurch weiter verschärfenden Personalnotstand könnte zukünftig jeder betroffen sein.

Hinzu kommt, dass es bei weitem nicht nur das medizinische und pflegerische Personal, sondern auch Angestellte und externe Dienstleister, wie bspw. den Hausmeister, die externe Reinigungskraft oder den Handwerker treffen wird, auch wenn diese nicht direkt mit den Patienten und Pflegebedürftigen in Kontakt treten. Ich glaube, dass dies vielen Betroffenen bzw. Bürgern noch gar nicht so richtig klar ist.

Wir möchten nicht, dass unsere Ärzte, Pflegekräfte, Rettungsanitäter und andere von der Impfpflicht betroffene Beschäftigte – ohne Rücksicht auf die Folgen - aus ihren Berufen gedrängt werden, nur weil sie sich nicht mit einem bedingt zugelassenen Impfstoff spritzen lassen wollen. Wir brauchen jede Fachkraft, um die Versorgung aufrechtzuerhalten.

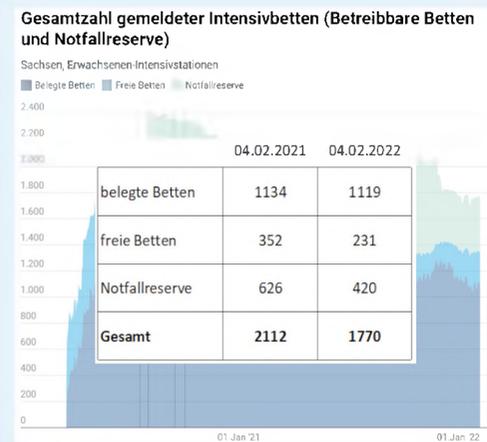
Aus diesem Grund sind wir nicht nur auf der Straße oder in Gesprächsrunden anzutreffen, wir nutzen auch alle parlamentarischen und juristischen Möglichkeiten, um gegen diese Entscheidung vorzugehen.

Aus Gründen der freien Impfscheidung, eines drohenden Versorgungsnotstandes und der Unverhältnismäßigkeit muss die einrichtungsbezogene Impfpflicht zurückgenommen sowie eine allgemeine Impfpflicht abgewendet werden.

Für Freiheit und Selbstbestimmung.
*AW

Die Notlage sitzt in der Regierung

Am 04.02.2022 waren laut Divi-Intensivregisters für Sachsen etwas weniger Betten belegt, als ein Jahr zuvor und vor allem standen insgesamt weniger betreibbare Betten zur Verfügung. So fiel die Gesamtbettenanzahl inkl. Notfallreserve von 2112 auf nur noch 1770! (im August 2020 waren es bspw. noch über 2400 Betten). Das Personalproblem hat sich also weiter verschärft. Man mag es sich nicht ausmalen, was erst im März passiert, wenn der von der Regierung beschlossene Impfzwang umgesetzt wird. Auch diese Zahlen beweisen mal wieder: Die Notlage sitzt in der Regierung.



Autoritäre Maßnahmen führen nicht zu geringeren Infektionszahlen

Die Web-Seite „Our World in Data“ veröffentlicht für viele Länder einen sog. Stringency-Index, der die Schärfe von „nicht-pharmazeutischen Interventionen (NPI)“ widerspiegelt, (Lockdown, Masken, Zugangsbeschränkungen, soziale Isolierung, Reisebeschränkungen usw.). Auch viele Staaten der sog. westlichen Demokratie rangieren auf den vorderen Plätzen der schärfsten Handlungen. Das von den Altparteien regierte Deutschland weist Ende Januar 2022 den zweithöchsten Stringency-Index weltweit auf, hinter den Fidji-Inseln und noch vor Myanmar und China. Dass autoritäre Maßnahmen nicht zu geringeren Infektionszahlen führen, sondern ganz anderen Zwecken dienen, wird nun immer mehr Verführten der Regierungswillkür klar.





Schlecht für die Bürger, gut für die Regierung

Im Dezember lag die (offizielle) Inflationsrate für Deutschland bei 5,3 Prozent, in den USA waren es sogar 7,0 Prozent. Die Inflation der gewerblichen Erzeugerpreise lag hierzulande im Dezember bei 24,2 Prozent. Das ist der höchste Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949.

„Wir haben hier eine Inflation, wie seit Menschengedenken nicht mehr, wie sie vielleicht im Leben eines Menschen nur einmal vorkommt“, meint der Ökonom Hans Werner Sinn. Nach einer aktuellen Umfrage sind mittlerweile mehr als zwei Drittel der Bundesbürger sehr besorgt über die Inflationsentwicklung in Deutschland.

Mit dem Begriff Inflation wird die Geldentwertung, also das Absinken der Kaufkraft, bezeichnet. Verbraucher bemerken diese Entwertung durch ein Ansteigen des Preisniveaus für Endprodukte wie Konsumgüter (z.B. Nahrungsmittel), Unternehmen durch höhere Kosten für Investitionsgüter (wie z.B. Maschinen) oder Vorprodukte. Die gestiegenen Preise für die Vorprodukte zahlt letztlich doch der Verbraucher.

Inflation ist zutiefst unsozial

Der Verbraucherpreisindex bildet die Preisentwicklung für die privaten Verbrauchsausgaben ab. Bei einer aktuellen (offiziellen) Inflationsrate von über 5 % muss der durchschnittliche Haushalt für dieselben Güter 5% mehr

bezahlen als im vergangenen Jahr oder kann sich für denselben Geldbetrag 5% weniger kaufen.

Fakt ist auch, dass die tatsächliche Belastung für die meisten Bürger deutlich höher liegt als es die offiziellen Inflationszahlen wiedergeben. So sind im vergangenen Jahr vor allem die Energiekosten überproportional gestiegen, was jeder Autofahrer an der Tankstelle, oder bei der nächsten Heizkostenabrechnung direkt merkt. Die Entwicklung des Strompreises zeigt eine ähnliche Teuerungsrate. Beachtlich ist auch die Preissteigerung in der Baubranche um 10 %. Auch für dieses Jahr wird bereits eine weitere Teuerung von knapp 12 % prognostiziert. Damit werden der Neubau und die Renovierung von Häusern immer teurer, wodurch der Erwerb von Wohneigentum für einfache Bürger und Familien zunehmend unbezahlbar wird. Gleichzeitig führen die steigenden Baupreise indirekt auch zu steigenden Mietpreisen. Da ein durchschnittlicher Haushalt bereits heute einen Großteil seines Einkommens für Wohnen, Energie und Nahrungsmittel aufwenden muss, werden die Bürger besonders stark durch die Inflation belastet. Gerade bei geringen Einkommen macht sich die Inflation überproportional bemerkbar. Somit ist Inflation auch zutiefst unsozial.

Im Gegensatz zum Klimawandel ist die Inflation zu 100% menschengemacht

Profiteur ist hingegen der Staat, der damit seine Schulden weginflationiert. Denn wenn das Geld weniger wert ist,

sind auch die Schulden weniger wert. Der Sparer wird hingegen kalt enteignet. Der Staat ist Hauptverursacher und Treiber der Inflation. So sorgt auch die stetig steigende CO₂-Abgabe für weitere Preissteigerungen. Die mittlerweile vollständig von jeder Vernunft und Logik entkoppelte Energiewende-Politik sorgt durch eine Energieverknappung und teure, nicht grundlastfähige Energieerzeugung für die weltweit höchsten Strompreise.

Die von der EU und der Bundesregierung anvisierte Klimapolitik wird nicht nur zu einer Deindustrialisierung Deutschlands und Europas führen, sondern gleichzeitig auch die Verbraucherpreise weiter massiv ansteigen lassen. Im Gegensatz zum Klimawandel ist die Inflation in jedem Fall zu 100% menschengemacht.

Der Verlierer ist der normale Bürger

Mittlerweile muss man vermuten, dass der Bürger bereits an Verzicht gewöhnt werden soll. Die geplante Klimapolitik lässt sich nämlich ohne einen massiven Konsum- und Wohlstandsverzicht nicht realisieren. Nur wenn die Bürger bereit sind in beträchtlichem Maße auf bisherige Freiheiten und gewohnten Wohlstand zu verzichten, lässt sich die grüne Utopie einer emissionsfreien Gesellschaft verfolgen. Da Inflation zwangsläufig zu Wohlstandsverlust und einem geringeren möglichen Konsum führt, kommt diese den links-grünen Ideologen mit Sicherheit nicht ungelegen. Der Verlierer ist wieder einmal der normale Bürger. *JK



Was macht OB Hilbert eigentlich in Afrika?

Der Oberbürgermeister reiste Mitte November für 3 Tage abermals in die Hauptstadt der Republik Kongo. Es handelte sich dabei der Berichterstattung nach um eine „Dienstreise zur Vorbereitung einer Dienstreise“. Man kann sich nur wundern was es heutzutage im Rathausbetrieb so alles gibt! Die Stadträte erfuhren im Vorfeld nichts davon, in der Zeitung wurde gar von einer „geheimen Reise“ geschrieben. Die AfD wollten es genauer wissen und fragte im Rathaus nach.

Dirk Hilbert reiste gemeinsam mit dem Ressortleiter „Technik und Wirtschaft Städtisches Klinikum“ und einer Dolmetscherin mitten im größten Corona-Regel-Chaos in die Hauptstadt des Kongo, weil u.a. das Amt des Oberbürgermeisters Brazzaville neu besetzt wurde und im April 2022 die SKEW-Partnerschaftskonferenz „Smarte Partnerschaften, Gemeinsam nachhaltige Digitalisierung schaffen“ bevorsteht. Eigenartigerweise reiste keine Person des städtischen Eigenbetriebes Informationstechnik-Dienstleistungen in der „Delegation“ mit. In der Zeitung im November 2021 sagte OB Hilbert unter anderem, dass „Hilfsgüter“ mit in die Partnerstadt genommen wurden. In der Nachfrage zu den besagten „Hilfsgütern“ wurde lapidar geantwortet: „Es wurde ausschließlich eine Lieferung

von 40.000 FFP2-Masken nach Brazzaville gesandt“. Übergeben wurde diese offensichtlich nicht. Auch wer diese Masken erhielt oder erhalten wird, konnte nicht beantwortet werden.

Der Warenwert dieser „Maskenlieferung“ ist ebenfalls unbekannt. Antwort der Stadt: „Der Landeshauptstadt Dresden sind keine Kosten angefallen. Die Hilfsgüter sowie Transportkosten wurden mit Fördermitteln aus dem Kommunalen Corona-Solidarpakt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Die Zielsetzung des Kommunalen Corona-Solidarpaktes besteht darin, dass sich deutsche Kommunen im Rahmen ihrer Partnerschaft und im Umgang mit der Notsituation solidarisch mit ihren Partnern im Globalen Süden zeigen.“

Die Aufgabe eines Oberbürgermeisters besteht darin sich für die Interessen und das Wohl der Bürger seiner Stadt einzusetzen. Es gehört nach unserem Verständnis nicht zu seinen Aufgaben, in Selbstherrlichkeit die Steuergelder des Bundes in der gesamten Welt zu verteilen.

Die 3 Tage-Reise für 3 Personen kostete den Steuerzahler 11.473,29 Euro.

*StaRaFra

Gegen die Stimmen der AfD: Gebührenerhöhungen

Im letzten Jahr hatte der Stadtrat zur Finanzierung von Wunschprojekten der „haushaltstragenden“ Fraktionen CDU, Grüne, SPD, FDP und Linke bereits merklich an der Gebührenschaube gedreht und so Park-, Abwasser- und Müllgebühren deutlich angehoben. Im Januar hob dann auch der städtische Versorger die Preise für Strom-Neukunden und die Gaspreise deutlich an. Wenngleich dieser Preisanstieg der Energiekosten eher auf das Versagen der Bundesregierungen und deren ideologisch motivierte Energiewende zurückzuführen ist, trägt diese „haushaltstragende“ Regierungsmehrheit ihren Teil dazu bei, dass Dresdner Unternehmer und Bürger unter dieser Gebühren- und Abgabenlast leiden und weiter stark belastet werden. Statt Millionen Euros in linke Wunschprojekte zu stecken, sollten die Bürger vor weiteren Belastungen geschützt werden.

Die AfD-Stadtratsfraktion stellt sich dem entgegen und hat einen Antrag eingebracht, dass die Dresdner Bürger und Mittelständler durch einen städtischen Heizkostenzuschuss für die Heizperiode 2021/2022 entlastet werden sollen – der Stadtrat wird im März darüber entscheiden.

Langfristig ist es das Ziel der AfD, Gebühren und Abgaben für die Dresdner zu senken und so derartige staatliche Zuschüsse überflüssig zu machen. Der Kurs von CDU, Grünen, SPD, FDP und Linken geht in die entgegengesetzte Richtung: Neben der Anhebung der Kita-Gebühren planen sie für dieses Jahr auch die Anhebung der DVB-Fahrpreise. Zudem ist im Rathaus eine Anhebung der Wassergebühren im Gespräch.

*StaRaFra





Für das Moscheegelände auf der Marschnerstraße ist die 2019 vom Stadtrat beschlossene Veränderungssperre am 30. Juli 2021 ausgelaufen. Der für das Areal aufgestellte Bebauungsplan wird nicht weiterverfolgt, teilte die Stadtverwaltung auf Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion mit.

Die Konsequenz der fehlenden Bauleitplanung ist, dass nun weiterhin baulicher Wildwuchs entstehen kann. Das ist eine Situation, die einem Stadtzentrum einer Landeshauptstadt unwürdig ist. Für das Moscheegelände wurde bereits im August 2021 ein Bauantrag für die Errichtung einer Hofüberdachung gestellt. Da der Antrag unvollständig war, wurden vom Antragssteller Unterlagen nachgefordert, teilte die Verwaltung mit. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass diese Hofüberdachung ein Testballon für den Moschee-neubau ist.

Der dort ansässige Verein „Marwa-El-Sherbiny- Kultur- und Bildungszentrum Dresden e. V“, der laut sächsischen Verfassungsschutzbericht Verbindungen zur radikal-islamischen Muslimbruderschaft hat, reichte bereits 2018 einen Bauantrag für einen Moschee-neubau ein. Auch damals scheiterte der Neubau zunächst an fehlenden Unterlagen, die dann von der Verwaltung nachgefordert wurden. Vor der Nachreichung trat dann die Veränderungssperre in Kraft, so dass der Antrag zurückgewiesen wurde.

Die Stadtratsfraktion hatte für den Bebauungsplan die Entwicklung dieses

Auf Moscheegelände darf gebaut werden

Areals als Grünkeil und Verlängerung des Naherholungsgebietes des Großen Gartens in das Wohngebiet an der Comeniusstraße als wichtigen Schritt zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in diesem Gebiet unterstützt und wird dies auch weiterhin tun.

Durch den fehlenden Willen der Bauverwaltung beim Voranbringen des Bebauungsplans könnte an Stelle der Hofüberdachung ohne Beteiligung der Öffentlichkeit genauso gut eine neue Moschee beantragt werden. „Wir werden weiterhin versuchen, die begonnene Bauleitplanung doch noch voranzutreiben und zum Abschluss zu bringen. Ein Moschee-neubau an dieser Stelle darf nicht ohne Beteiligung der Öffentlichkeit in den Hinterzimmern der Verwaltung entschieden werden. Auch das weitere Bauantragsgeschehen in diesem Gebiet werden wir ins Licht der Öffentlichkeit bringen.“

Die AfD-Stadtratsfraktion wird dafür Sorge tragen, dass die Dresdner hier nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.“

*StRaFra

KREISVERBAND DRESDEN



Impressum

Herausgeber: AfD-Kreisverband Dresden
Wilsdruffer Str. 11
01067 Dresden

E-Mail: vorstand@afd-dd.de

Redaktion:	René Lange
V.i.S.d.P.:	André Wendt
Gestaltung und Satz:	Stephan Rose
Druck:	Druckhaus Scholz GmbH
Auflagenhöhe:	30.000 Stk.
Ausgabe:	Nr. 5 / Februar 2022
Bildnachweise:	

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwahrend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

Legende:

AW	= André Wendt
HJZ	= Hans-Jürgen Zickler
MJ	= Martina Jost
JK	= Dr. Joachim Keiler
StaRaFra	= AfD-Stadtratsfraktion Dresden

Der einzige Ostdeutsche unter den 10 AfD-Abgeordneten im Europäischen Parlament ist Dresdner: Dr. Maximilian Krah. Er ist einer von vier sächsischen EU-Abgeordneten. Wir befragen ihn zur Halbzeit der Legislaturperiode.

Maximilian, bist Du immer noch so kritisch gegenüber der EU wie zu Beginn Deines Mandates?

Eher noch kritischer, weil ich nun en detail erlebe, wie die EU funktioniert und die Demokratie leerlaufen lässt. Was die Regierungen in der Heimat nicht durchsetzen, schieben sie nach Brüssel ab, damit es als EU-Recht zurückkommt. Dazu ist Brüssel so weit weg von der Kontrolle der Bürger, dass Lobbyisten leichtes Spiel haben.

Aber nach der Theorie soll ja das Europäische Parlament genau das verhindern und Kontrolle schaffen.

Diese Theorie funktioniert aber in der Praxis nicht. Zum einen, weil die meisten Abgeordneten der anderen Parteien begeisterte EU-Anhänger sind und sich den europäischen Superstaat wünschen. Sie sind deshalb keineswegs Korrektiv der Eurokratie. Zum anderen aber auch, weil es natürliche Interessengegensätze der verschiedenen Mitgliedsstaaten gibt. Die einen wollen mehr Geld, die anderen haben außenpolitische Interessen - und Deutschland ist immer nur einer von vielen und kann überstimmt werden.

Wie ist die Zusammenarbeit mit den anderen rechten Parteien? Man hört ja, dass die AfD eher am Rande steht.

Nein, wir haben eine gute Kooperation. Innerhalb unserer Fraktion ohnehin, zu der etwa der französische Rassemblement National, die italienische Lega oder die österreichischen Freiheitlichen gehören. Auch mit den sogenannten „gemäßigten Rechten“, etwa der polnischen PiS und der ungarischen Fidesz, arbeiten wir zusammen. Die Bemühungen um eine große einheitliche Fraktion laufen, aber sind schwierig. Das liegt nicht an der AfD, sondern etwa an den französischen Wahlen, bei denen nun zwei rechte Kandidaten antreten, so

dass wir warten müssen, ehe wir weiter voranschreiten können.

Derzeit scheint es noch nicht zu klappen, wenn ich Dich richtig verstehe?

Nicht wie es könnte. Dazu spielen zu viele Unterschiede eine Rolle, auch Eitelkeiten. Die AfD und ich persönlich sind aber aktiv dabei, das zu überwinden. Rechte Parteien wollen eben das Beste für ihre Wähler und sind deshalb nicht so leicht zu einigen wie linke, denen Heimat und Vaterland nichts bedeuten. Aber uns eint die Ablehnung der linken Wahnsinnsideen und die Einsicht, dass wir nur gemeinsam unsere Heimat retten können.

Welche Wahnsinnsideen sind das?

Die Liste ist lang. Beginnen wir mit der geplanten Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 55% in den nächsten Jahren; das ist das Ende der deutschen Industrie. Für Sachsen heißt das, dass die Energiewirtschaft in der Lausitz ebenso sterben wird wie die Autozuliefererindustrie in Westsachsen. Alles, was an Industrie die 1990er überlebt hat, steht auf der Kippe. Wenn es um Familien geht, haben in der EU jene das Sagen, die unter Familie alles verstehen außer Mama-Papa-Kinder.

Wer sagt, es gibt zwei Geschlechter, wird für nahezu verrückt erklärt, nicht, wer erklärt, es gäbe 43. Und wenn es um Krieg und Frieden geht bin ich in einem Club der Kriegstreiber gelandet; jedes Land, das nicht ebenso links ist wie die EU muss Sanktionen fürchten, jede Kriegsdrohung der USA wird begeistert unterstützt. Insgesamt ist eines klar: für unsere Tradition und Geschichte hat man nichts als Ablehnung. Die EU ist ein Anti-Europa.

Also bist Du weiter EU-kritisch?

Ja, und durchaus, weil ich pro-europäisch bin. Europa ist Heimat, Vielfalt, Kultur. Und nun schau Dir an, was aus Brüssel kommt! Der Konflikt geht nicht zwischen Anhängern des Nationalstaats und Europa-Befürwortern. Es ist ein Graben zwischen denen, die unsere Geschichte, Kultur, Identität bewahren wollen und jenen, die alles in einem

globalistischen Brei auflösen wollen. Wollen wir selbst entscheiden, wer zu uns einwandert, oder soll es offene Grenzen für jedermann geben? Wollen wir die Zusammensetzung unserer Bevölkerung erhalten, soll sie geprägt werden von deutscher Kultur und Tradition, oder sind wir verpflichtet, hier alles bunt zu machen? Soll es unser Land bleiben oder wird es eine Provinz eines Superstaats, zunächst europäisch, dann global? Bleiben wir Bürger oder werden wir Untertan?

Die Fragen, um die es letztlich geht, sind grundlegend. Und oft sind wir so mit unseren kleinen Sachproblemen beschäftigt, dass wir diese großen Weichenstellungen nicht bemerken und dann in einer Dystopie aufwachen: ohne Freiheit, ohne Heimat, ohne Wohlstand.





Halbzeit in Brüssel

Thema Wohlstand: Was wird mit dem Euro?

Er bleibt um jeden Preis erhalten, und dieser Preis sind die Ersparnisse der deutschen Mittelschicht.

Also Inflation?

Ich glaube nicht an eine Hyperinflation wie 1923. Aber eben das, was in Italien über Jahrzehnte gang und gäbe war: fünf bis zehn Prozent. Warum hatte denn die Lira so viele Nullen? Wir erleben schon jetzt eine Inflation über fünf Prozent. Eigentlich müsste die Zentralbank die Zinsen erhöhen. Täte sie es, wären viele EU-Staaten pleite. Also bleiben die Zinsen trotz Inflation niedrig, was die Geldentwertung weiter anheizt.

Bislang haben wir es bei den Immobilienpreisen bemerkt; welcher Dresdner kann sich heute noch Wohneigentum leisten? Aber nun merken wir es an den Energiepreisen, Handwerkerpreisen und so weiter. Diese Preissteigerungen sind politisch gemacht, die fallen nicht vom Himmel.

Und was bedeutet das für Dresden und Sachsen?

Dass wir uns entscheiden müssen. Wollen wir brav mitspielen, dann ist das, was wir seit 1990 aufgebaut haben ebenso gefährdet wie das, was wir von unseren Vorfahren ererbt haben. Das beginnt damit, dass man Kunstwerke im Grünen Gewölbe nicht schützen kann und umbenennt. Es ist ein Ausverkauf unserer Identität.

Was sollen wir tun?

Mut zum eigenen Weg haben. Dresden hat eine lange Partnerschaft mit Sankt Petersburg. Es ist eine Kleinigkeit, aber warum nutzen wir das nicht? Warum hat keines der in den letzten zwanzig Jahren nach Deutschland gekommen internationalen Unternehmen seinen Firmensitz in Dresden? Gerade russische, auch chinesische Investoren könnten wir gewinnen. Wir entwickeln an unserer TU die Technik der Zukunft, aber Geld wird andernorts damit verdient. Kurzum: Wir haben hier Potential, eine Insel zu schaffen, in der wir uns

dem Niedergang entgegenstellen: kulturell, ökonomisch, politisch. Seit fast 10 Jahren ist Dresden weltweit bekannt für seine wachen Bürger, für Demonstrationen und Gemeinsinn. Es begann mit Pegida, jetzt die Corona-Spaziergänge. Wir haben dafür viele Bewunderer und Freunde. Nicht im Berliner Regierungsviertel oder bei ARD und ZDF, aber bei den Vernünftigen in aller Welt. Diese Kontakte bestehen, ich baue sie auf, pflege sie. Sie wären dabei, wenn wir hier zeigen, was wir können.

Versteht der Oberbürgermeister das nicht?

Dirk Hilbert ist seit Amtsantritt damit beschäftigt, die Dresdner Bürger auszugrenzen und zu beschimpfen. Anstatt sie einzubinden, organisiert er lieber Gegendemos. Gerade jetzt, wo es um die Zukunft geht, wo wir uns gegen den Niedergang stemmen müssen, tut er entweder gar nichts oder das Falsche. Keine Idee, keine Vision, keine Ahnung.

Du bist einer von vier sächsischen Abgeordneten in Brüssel, der einzige aus Dresden. Hat sich die Stadtspitze mal an Dich gewandt zur Koordination?

(Lacht) Natürlich nicht. Wenn wir uns auf irgendeinem Event sehen, gibt sich der Oberbürgermeister viel Mühe, mir aus dem Weg zu gehen. Hier geht es eben gerade nicht um das Wohl der Stadt, sondern um kleinliche Parteipolitik. Und genau diese Borniertheit schadet unserem Dresden ungemein.

In einem so schwierigen Umfeld, einer EU, die uns deindustrialisieren will, einem Zeitgeist, der uns die Identität nehmen will, und das angesichts einer realen Kriegsgefahr, können wir uns diese geballte Unfähigkeit im Rathaus nicht leisten.

Unsere Stadt ist viel zu schön und wertvoll, als dass wir zulassen dürfen, dass sie ruiniert wird. Ich mag jetzt in Brüssel und Straßburg arbeiten, aber letztlich bleibt das immer mein eigentliches politisches Anliegen.

Maximilian, vielen Dank für das Gespräch.

Ein Angriff auf die Familie

- Der Ampel-Koalitionsvertrag -

Unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ haben SPD, Grüne und die FDP ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. „Fortschritt“ soll es dabei auch in einem Bereich geben, der in Menschheitsgeschichte und Wissenschaft bislang als unveränderbar galt: dem des Geschlechts. „Menschen kommen zu über 99% eindeutig männlich oder weiblich zur Welt, wir sind keine formbaren ‚sozialen Konstrukte‘, sondern tragen in unserem Genom Millionen Jahre Humanevolution mit uns“, so der renommierte Evolutionsbiologe Prof. Ulrich Kutschera im Interview.

Das sehen die Vertreter der Regierungsparteien, offenbar allesamt Spezialisten in Sachen Biologie und Medizin, aber ganz anders! In besagtem Koalitionsvertrag im Titel heißt es nämlich: „Wir werden das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Dazu [gehört] ein Verfahren beim Standesamt, das Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand grundsätzlich per Selbstauskunft möglich macht. Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von der GKV übernommen werden.“

Das heißt im Klartext: Wenn Max Mustermann sich beim Aufstehen als Frau

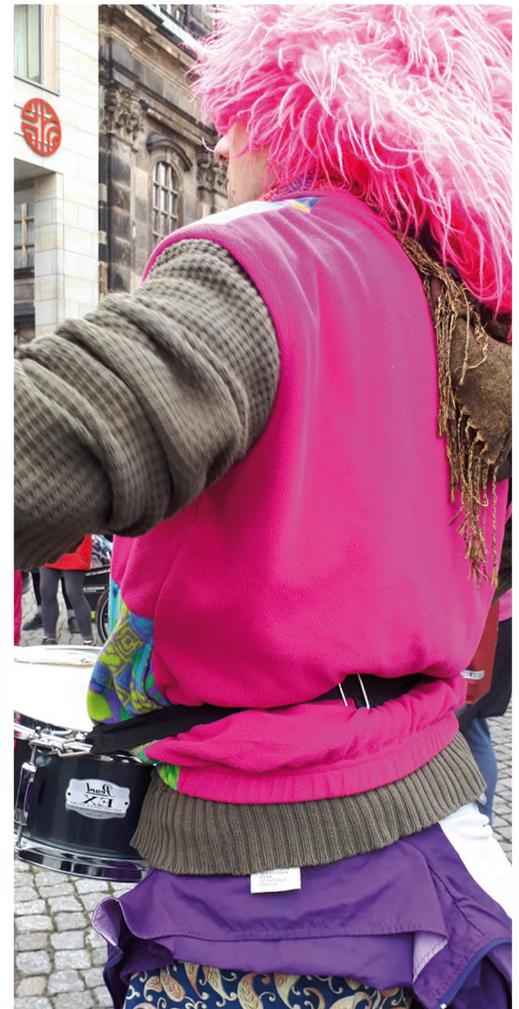
fühlt, braucht er nur zum Standesamt zu gehen und dort seine „gefühlte“ Geschlechtsidentität eintragen zu lassen. „Jeder nach seinem Geschmack!“, denken Sie vielleicht? Sicher, aber:

Falls Max Hormonbehandlungen oder „geschlechtsangleichende Operationen“ wünscht, müssen eben die gesetzlichen Krankenkassen, sprich die Solidargemeinschaft, also auch Sie, geneigter Leser, dafür aufkommen. Und, was schwerer wiegt als Geld: Sichere Räume für Frauen sind dann ein Ding der Vergangenheit. Denn unser Max tritt dann im Sport gegen Frauen an, erhält Zutritt zu Damentoiletten, gynäkologischen Stationen (er ist ja Patient:in!) und Frauengefängnissen. Und das in einer Zeit, in der alle möglichen Gruppen „Safe Spaces“ für sich einfordern – ausgerechnet Frauen sollen das plötzlich nicht mehr dürfen? Doch die Regierungspläne stellen auch einen Angriff auf die Familie als solche dar: „Kinderrechte“ sollen Kinder gegen Eltern instrumentalisieren, eine „Verantwortungsgemeinschaft“ die traditionelle Familie ersetzen und eine „Familienbesteuerung“ das Ehegattensplitting ablösen.

Und sich darüber zu beschweren oder an der Meinung, dass es Männer und Frauen gibt, festzuhalten, könnte laut Koalitionsvertrag bald unter „Hasskri-

minalität“ fallen – die logische Konsequenz, wenn die Natur zur Fiktion erklärt wird.

*MJ



Wie Hilberts Verwaltung das Grundgesetz zur Farce macht!

Das Verbot der Stadt Dresden von Spaziergängen, welche die Corona-Maßnahmen kritisieren, zeigt ein verheerendes Bild der Einstellung der Stadtverwaltung gegenüber dem Grundgesetz. Nicht nur, dass es nach eben diesem Grundgesetz allen Bürgern erlaubt ist, sich friedlich zu versammeln. Sie bedürfen dafür auch keiner Erlaubnis, lediglich eine Anmeldung. Verbote sind nur dann möglich, wenn eine erhebliche Gefahr von der Veranstaltung ausgehen könnte.

Da stellt sich schon die erste Frage: Welche erhebliche Gefahr sieht die Stadtverwaltung denn hier? Hilberts Verwaltung orakelte hier von einer Anzahl „Gewaltbereiter“, die erwartet würden. Ein Wunschtraum der Verbieter. Denn die Spaziergänge, die natürlich trotz alledem stattfanden, blieben komplett friedlich.

Extrem bedenklich, ja gefährlich ist aber die Tatsache, dass nicht etwa jedwede Demonstration verboten wurde, sondern nur solche von einem „maßnahmekritischen Klientel“. Ein Verbot, für das es keinerlei gesetzliche Grundlage gibt. Das sogar den Worten und

dem Sinn des Grundgesetzes komplett entgegensteht.

Sollte Hilbert und seine Verwaltung damit auf Dauer durchkommen, so müssen wir uns wohl darauf einstellen, dass in Zukunft in Dresden nur noch Demonstrationen stattfinden dürfen, welche die Regierungen bejubeln.

Oder auch nicht. Denn in diesem Jahr wird ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Herr Hilbert wird sich dann auch an seiner Treue zum Grundgesetz und seiner Einstellung zur Freiheit messen lassen müssen.

Hört auf uns zu bevormunden!

Es sind doch nur einzelne Titel, die das Kunstmuseum Halle umbenannt hat, es geht doch nur um die „Mohren“ Apotheke, es sind doch nur 143 Kunstwerke für die man in Dresden neue Namen suchen musste und nun sind es in Berlin schon hunderte problematische Straßennamen.

Eine Studie des Berliner Senat hat allein 290 mit antisemitischen Bezügen festgestellt*.

Das beginnt mit A wie Adenauer (bagatellierte den Antisemitismus in der dt. Gesellschaft), geht über C wie Coubertin (in seinem olympischen Gedanken spiegelt sich eine nationalistische Idee wieder, die sei antisemitisch und konservativ geprägt), D wie Danckelmannstraße (brandenburgischer Minister der 1693 ein Edikt unterzeichnete, in dem er die Juden für die schlechte Lage der Staatsfinanzen verantwortlich machte) H wie Harbig, Rudolf (war als SA-Sturmmann Mitglied der Dresdner Bergsteigertruppe) bis zu Z wie Zwingli (bediente sich in seinen theologischen Schriften anti-jüdischer Motive).

Von Goethe über Fichte, Stauffenberg, Luther, die Gebrüder Grimm, der Turnvater Jahn, Pestalozzi - alle die irgendwann mal eine zu ihrer Zeit nicht unübliche Äußerung taten, sollen aus unserem Gedächtnis verschwinden. Bei Wagner ist bei seinem Namen noch

lange nicht Schluss, nein selbst die Titel seiner Opern gilt es aus dem Sprachgebrauch zu tilgen.

Während bei einigen Straßen erst mal nur weitere Nachforschungen angeregt werden, Charles de Gaulle artikuliert während des Sechstagekrieges antisemitische Ressentiments), ist das Urteil bei Luther ganz eindeutig: Umbenennung!

Einen Namen vermissen wir dann doch: Karl Marx. Wo doch Hannah Ahrendt seine Schrift „Zur Judenfrage“ als klassisches Werk des Antisemitismus der Linken bezeichnete. Nur ein kleiner Fehler im „Jugendwerk“? 1862 schreibt er dann in einem Brief an Engels „Der jüdische Nigger Lassalle, der glücklicherweise diese Woche abreist, ...“ Nach den oben dargestellten Gründen sollte es für eine Umbenennung doch reichen!

Aber dann gibt es ja auch noch Straßen, die haben Bezug zum Kolonialismus oder hat sich irgendjemand mal über Frauen, sexuelle Neigungen oder sonst wie „falsch“ geäußert. Für „Politikarbeiter“ ein großes Betätigungsfeld. Das Bode-Museum in Berlin (von Bode äußerte sich in Briefen offen antisemitisch) braucht einen neuen Namen, ebenso wie das Grassi Museum in Leipzig – denn „Völkerkunde“ geht einfach nicht.

In Dresden wurde ein Bildtitel verän-

dert, weil er die Bezeichnung „Zwerg“ enthielt, dieser Ausdruck würde kleinwüchsige Menschen diskriminieren, in Berlin gibt es einen Zwergenweg, es wäre eine wahrhaft heroische Aufgabe für den rot-rot-grünen Senat hier endlich mal aufzuräumen! Und wenn wir einmal dabei sind, sollte man nicht gleich die Zwerge aus allen Märchen tilgen?

Geschichte lässt sich zwar umschreiben, aber nicht verändern. Außerdem wäre es sicher wesentlich besser gewesen, wenn Frau Ackermann als Chefin der Staatlichen Kunstsammlungen anstelle der „Umbenennungskommission“ Fachleute beschäftigt hätte, die sich mit der Sicherheit befasst hätten. Damit wäre unserer Kultur wirklich ein Dienst erwiesen worden.

Eigentlich sollten wir doch alle aus den gescheiterten Versuchen des letzten Umerziehungsstaates gelernt haben, oder?

Denken Sie daran und fragen Sie demnächst Ihren Bürgermeisterkandidaten, welche Umbenennungen so geplant sind

*HJZ

*Zitiert nach Dossier von Dr. Felix Sassmannshausen: Straßen- und Platznamen mit antisemitischen Bezügen in Berlin erstellt im Auftrage des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus



Der Spaziergänger als Staatsfeind

Seit Wochen gehen überall in Deutschland hunderttausende mündige Bürger auf die Straße, für die Freiheit sowie gegen Impfwang, Willkür und Spaltung. In Dresden vergeht mittlerweile kein Tag, an dem nicht irgendwo der Unmut der Bürger gegen das autoritäre Handeln der Regierung auf der Straße zum Ausdruck gebracht wird.

Aufgrund der extremen Beeinträchtigung der Versammlungsfreiheit durch die autoritäre sächsische Regierung mit der Begrenzung von nur max. 10 Personen, trafen sich ab Dezember letzten Jahres mündige Bürger zu friedlichen Stadtteil-Spaziergängen. Inzwischen haben sich diese in fast 20 Stadtteilen

und auch an zentralen Stellen in der Innenstadt etabliert - Tendenz weiter steigend.

Mündige und selbstdenkende Bürger passen natürlich nicht ins Propagandakonzept der autoritären Regierung. Der Spaziergänger wurde quasi über Nacht zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt.

Dabei bedienen sich Regierung, Altparteien, Twitter-Trolle, staatlich finanzierte Berufsempörte und regierungskritische Haltungsvermedien altbekannter Methoden: Diffamierungen, Lügen, Hetze und Abschreckung durch martialische Polizeipräsenz und Ordnungsverfahren.



Ein Beispiel des autoritären Gedankengutes der sächsischen Regierungsparteien war der Aufmarsch von fast 1000 Polizisten, Wasserwerfern, Räumungspanzern und Hubschraubern gegen etwa 3000 friedliche Spaziergänger (darunter viele Familien) am 22. Januar 2022 in Dresden. Spätestens an diesem Tag wurde vielen Menschen klar, es geht schon längst nicht mehr um Corona, sondern um Meinungs- und Gedankenhoheit. Die Erinnerungen an die DDR-Diktatur waren wieder da.

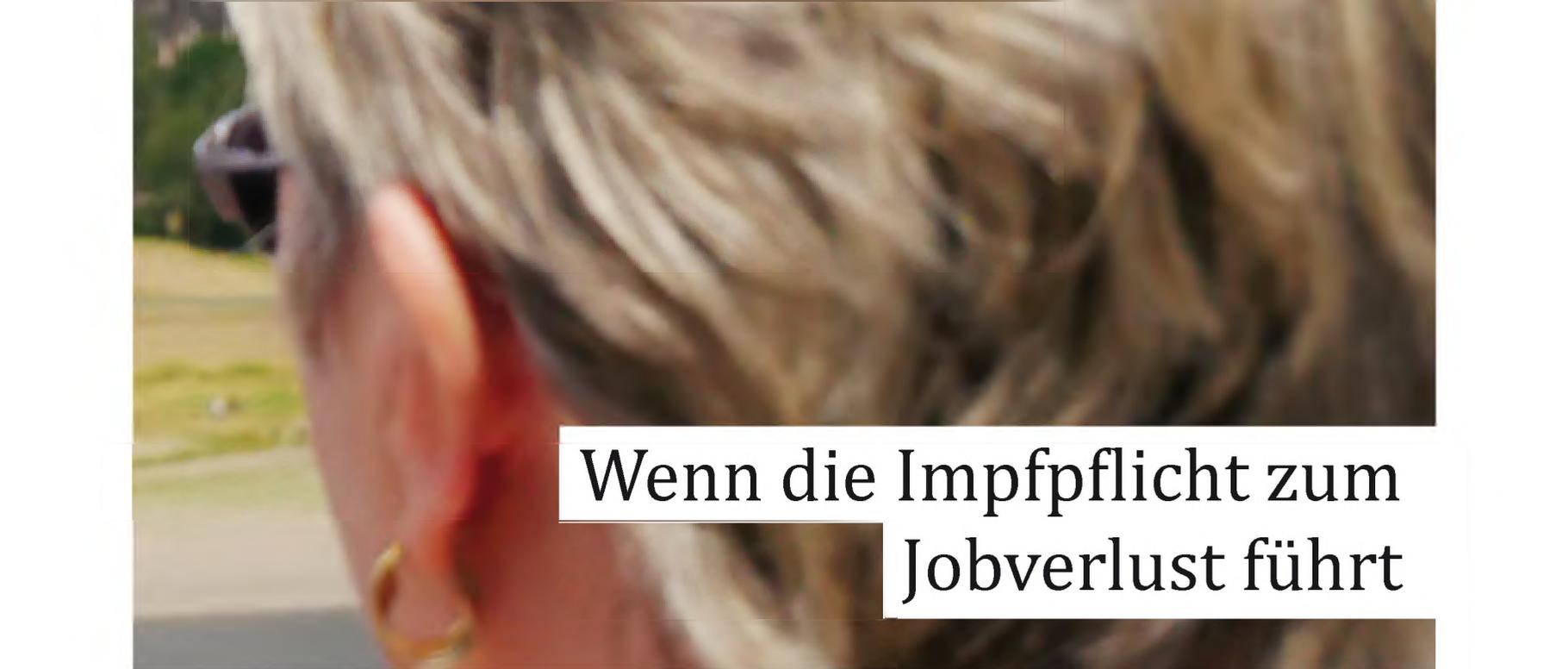
Die Bürger ließen sich aber von all dem nicht beeindrucken, je mehr Hetze und

Lügen verbreitet wurden, umso mehr Menschen gingen auf die Straße. Der Druck von der Straße zeigt bereits Wirkung, darf aber nicht nachlassen. Zu schnell lassen sich die Menschen wieder von den Politikern der Altparteien einlullen.

Wozu diese Leute fähig sind und welche Ideen sich noch in ihren Köpfen befinden, haben die letzten knapp 24 Monate sehr deutlich gemacht.

Nur der Druck der mündigen Bürger wird diese Regierung in die Schranken weisen.





Wenn die Impfpflicht zum Jobverlust führt

Interview mit einer Betroffenen: Anna Schmidt (Name von der Redaktion geändert) ist derzeit als Ergotherapeutin in einem Dresdner Pflegeheim angestellt. Wir sprachen mit ihr zur kommenden Impfpflicht und wollten wissen, wie Sie mit der aktuellen Situation umgeht.

Frau Schmidt, wofür sind Sie als Ergotherapeutin in einem Altenheim zuständig?

Über die pflegerische Betreuung hinaus ist es wichtig, den Bewohnern auch eine soziale Betreuung zu bieten. Das heißt, wir Ergotherapeuten bieten den Bewohnern Therapien im Sinne von Beschäftigungsangeboten an.

Das können Gedächtnistraining, motorische oder musikalische Aktivierung, Biographie-Arbeiten, oder praktische Unterstützung in alltäglichen Dingen wie Einkaufen, oder Wasch-Anziehtraining sein. Unser Ziel ist die Vermittlung von Lebensfreude und den Erhalt der größtmöglichen Selbstständigkeit.

Ab Mitte März müssen Sie einen vollständigen Impfschutz, einen Genesenen-Nachweis, oder ein Attest Ihrem Arbeitgeber vorzeigen. Welcher Gruppe können wir Sie zuordnen?

Ich bin aktuell ungeimpft.

Das heißt Sie müssen derzeit davon ausgehen, dass das Gesundheitsamt Ihnen dann den Zugang zu Ihrer Arbeitsstelle verwehrt?

Ja das stimmt. Darüber hinaus hat aber auch mein Arbeitgeber angekündigt, mir den Zutritt zu verwehren und mich unbezahlt frei zu stellen.

Darf der Arbeitgeber denn so handeln? Warum haben Sie sich denn nicht einfach impfen lassen?

Nach meinem Wissen geht das so nicht, aber mir sind derzeit die Hände gebunden und ich bin dem Druck meines Arbeitgebers ausgesetzt. Das mit dem Impfen ist ja eigentlich eine gute Sache. Ich bin persönlich gegen alles Mögliche geimpft, das was man halt haben sollte. Bei Corona bin ich aber kritisch geworden. Zu oft wurde seitens der Politik versprochen, dass die Regeln enden werden. Immer wenn das Ziel erreicht war, wurden neue Regeln erfunden. Auch die Maskenaffären und die unklaren, zum Teil falschen Datenlagen haben mein Vertrauen in die verantwortlichen Politiker gestört. Ja und ich habe auch Angst vor möglichen Nebenwirkungen. Bei so viel Druck seitens der Regierung, glaube ich nicht mehr, dass es hier um Gesundheit geht.

Wie geht es Ihnen persönlich mit der Situation?

Es belastet mich psychisch schon sehr! Nicht nur der immense Druck von der Politik und die Ausgrenzung, die man miterleben muss, auch der Druck meines Arbeitgebers wächst täglich. Ich weiß nicht wie das werden soll. Es gibt gerade nicht viele Tage, wo ich noch

normal schlafen kann. Weder möchte ich mein Team verlieren noch meine Arbeitsstelle. Ich übe meinen Beruf sehr gerne aus, seit mehr als zehn Jahren.

Was würden Sie sich von Politik, der Gesellschaft und insbesondere von Ihrem Arbeitgeber wünschen?

In erster Linie Anerkennung und nicht Ausgrenzung! Ich hätte mir von meinem Arbeitgeber gewünscht, dass er sich schützend vor seine Mitarbeiter gestellt hätte. Stattdessen erhalten wir regelrechte Drohschreiben. Wir Beschäftigte in diesen Bereichen machen diese Tätigkeiten nicht aus Profitgier, sondern aus Leidenschaft. Das Vorgehen meines Arbeitgebers zeigt, dass es hier nicht um Menschen geht, sondern um das Geschäft. Von der Politik würde ich mir eine gewisse Abkehr von der herrschenden Hysterie wünschen. Und vor allem eine klare Datenlage und ein neutrales Handeln. Die Angestellten in der Pflege, auch in meinem Beruf, waren die letzten Jahre, also bereits vor Corona, am Limit. Letztes Jahr wurden wir noch als große Helden gefeiert und werden nun mit einer Zwangsimpfung überzogen. Bei uns im Haus sind etwa 25% der Angestellten nicht geimpft und müssen nun um Ihren Job bangen. Was das für die Bewohner aber bedeuten kann, fragt im Moment keiner. Was soll mit den Alten werden, wenn noch weniger da sind, die sich um Sie kümmern?

Wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen Ihnen alles Gute.



Jetzt Mitglied werden!

afd-dd.de | fb.com/afddresden | t.me/afddresden